

Jugendkriminalität

Kann man Jugendkriminalität mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln in den Griff bekommen? Dieser Eindruck wird oftmals erweckt, und vor allem nach spektakulären Einzeltaten wird nach der harten, strafenden Hand des Staates gerufen. Dabei verspricht die Forderung nach mehr Härte wenig Erfolg. Vielmehr werden durch rein repressive Maßnahmen die Lage der Jugendlichen eher verschlechtert, wie wir aus zahlreichen kriminologischen Studien wissen. Jugendkriminalität ist ein gesellschaftliches Problem, das man differenziert betrachten und auf das man vor allem rational reagieren muss.

Während in der Polizeilichen Kriminalstatistik bis zum Jahr 2000 ein Anstieg der registrierten Kriminalität von Jugendlichen und Heranwachsenden zu verzeichnen war, gehen diese Zahlen seither deutlich zurück (**s. Abb. 1**). Zudem ist zu berücksichtigen, dass nur etwa 15% der tatverdächtigen Jugendlichen tatsächlich verurteilt werden, d.h. in mehr als 80% der Fälle wird das Verfahren durch die Staatsanwaltschaft oder das Gericht (teilweise gegen Auflagen) eingestellt.

Betrachtet man die Geschlechts- und Altersverteilung der registrierten Tatverdächtigen (**s. Abb.2**), dann wird deutlich, dass männliche Jugendliche deutlich stärker belastet sind als weibliche und dass vor allem die Altersgruppen der 16-23-jährigen männlichen und der 14-18-jährigen weiblichen Tatverdächtigen auffallen. Allerdings wird auch deutlich, dass die Kurve danach deutlich zurück geht, d.h. dass die Kriminalitätsbelastung mit zunehmendem Alter nachlässt – und dies ist, wie wir empirisch belegt wissen, unabhängig davon der Fall, wie intensiv oder hart auf die Tat reagiert oder interveniert wird. Vor allem bei den ersten drei bis fünf Taten eines Jugendlichen kommt es mehr darauf an, dass überhaupt eine Reaktion erfolgt. Da das „wie“ zweitrangig ist und es keinen nachweisbar positiven Effekt von harten Strafsanktionen gibt, hat man schon in den 1980er Jahren zunehmend auf Diversion gesetzt, d.h. auf den Versuch, auf Straftaten Jugendlicher möglichst informell zu reagieren.

Allerdings sind etwa 5 % der (jugendlichen) Täter für rund 40 % der dieser Altersgruppe zugewiesenen Taten verantwortlich. Dabei stellen sich zwei Fragen: Wie kann man diese Jugendlichen beeinflussen und gibt es Kriterien dafür, diese Gruppe der Intensivtäter rechtzeitig zu erkennen? Während die zweite Frage verneint werden muss, weil bislang keine verlässlichen und aussagekräftigen Prognosekriterien für solche Intensivtäter vorliegen, gibt es zur ersten Frage zumindest einige Ansätze. So ist bekannt, dass härtere Strafen keine positiven Effekte haben, sondern einen Rückfall eher begünstigen. Schon aus diesem Grunde verbieten sich Forderungen nach Erhöhung der Strafrahmen im Jugendstrafrecht.

Die Analysen krimineller Karrieren zeigen zudem, dass es keine verlässlichen Prognosekriterien gibt: Man kann nicht verlässlich entscheiden, wer zu einem sog. „Intensivtäter“ wird und wer nicht. Im Gegenteil: Je häufiger und je härter sanktioniert wird, umso mehr verfestigt sich eine kriminelle Karriere. Dabei sind die schützenden Faktoren, also diejenigen, die eine (weitere) kriminelle Karriere verhindern oder den Teufelskreis unterbrechen, bekannt: Funktionierende Sozial- und Familiensysteme, verlässliche Freundschaften und Partnerschaften, eine gute Schul- und Berufsausbildung. Allerdings können diese Faktoren nicht mit polizeilichen oder strafrechtlichen Mitteln geschaffen oder positiv beeinflusst werden.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass wir in den letzten Jahrzehnten ein deutlich verändertes Anzeigeverhalten haben: Gerade im Bereich der Jugendkriminalität steigt

die Sensibilität der Gesellschaft und es sinkt die Bereitschaft, selbst zu intervenieren oder Konflikte informell zu lösen. Dies ist auch ein Grund dafür, dass sich bei den polizeilich registrierten Gewaltdelikten in den letzten Jahren ein Anstieg feststellen lässt, allerdings ohne dass sich diese Entwicklung in der Dunkelfeldforschung widerspiegelt.

Generell verkennt die Diskussion um „kriminelle Kinder und Jugendliche“ die Tatsache, dass die deutliche Mehrzahl der Straftäter Erwachsene und nicht Kinder und Jugendliche sind. Besonders die Täter der schweren und gefährlichen Delikte sind Erwachsene, nicht Jugendliche. Erwachsene verursachen auch einen deutlich höheren gesellschaftlichen Schaden – auch, aber nicht nur, wenn sich ihre Taten gegen Kinder und Jugendliche richten. Allerdings ist die Opfergefährdung von Jugendlichen deutlich höher bei Erwachsenen - teilweise bis zum 10-fachen. So berichten rund 60% der 14- bis 24-Jährigen in Dunkelfeldbefragungen davon, Opfer einer Straftat geworden zu sein.

Die Mehrzahl der bei der Polizei auffällig werdenden Kinder und Jugendlichen tritt nur ein- oder zweimal in Erscheinung. Jugendkriminalität geht in den allermeisten Fällen vorbei, auch ohne dass wir etwas tun. Abweichendes Verhalten ist im Jugendalter nach wie vor ebenso ubiquitär wie episodenhaft. Es „trifft“ viele, wenn auch nicht alle, bleibt aber für die meisten (zum Glück) folgenlos.

Die Polizei ist die einzige Interventions- und Hilfeinstitution, die rund um die Uhr verfügbar ist und die immer dann gerufen wird, wenn andere Institutionen nicht oder nicht mehr verfügbar sind. Daher muss sich die Polizei maßgeblich an der Prävention beteiligen. Nur dann kann sie effektiv und effizient arbeiten. Sie muss dabei mit den sozialen Diensten kooperieren: Nur ein integratives Konzept kann eine sichere, soziale und gesunde Stadt ermöglichen, die eine wesentlich Voraussetzung für eine Integration von Kindern und Jugendlichen in die Gesellschaft ist, was wiederum nachgewiesenermaßen Straftaten verhindert. Kriminologische Ergebnisse machen deutlich, dass die informelle soziale Kontrolle sowie gemeindebezogene Präventionskonzepte sich positiv auswirken. Beste Ergebnisse sind durch die Zusammenarbeit zwischen Bürgern, Gemeinde und Polizei ohne Ausgrenzung von Randgruppen, mit pädagogischen Hilfen für Risikogruppen sowie mit gut strukturierten, problemorientierten Programmen zu erzielen. Die Stärken der Polizei liegen in der strukturellen, methodischen und individuellen Möglichkeit zur Vernetzung von Informationen (Analyse, Praxiswissen, empirisches Wissen) und dem guten Image sowie dem hohen Vertrauen in der Bevölkerung. Die Polizei hat ein hohes Durchsetzungsvermögen auf kommunaler und politischer Ebene, sie ist nahe dran an den gesellschaftlichen Problemen und verfügt über gut ausgebildete Mitarbeiter.

Prävention muss aber über den Bereich der registrierten Kriminalität hinausgehen. Eine professionelle Zusammenarbeit zwischen Polizeibeamten und sozialer Arbeit muss die Probleme und Schwierigkeiten von jungen Menschen in den Mittelpunkt stellen und darf sich nicht an vordergründigem Fehlverhalten festmachen. Wenn vorsorgen besser ist als heilen, dann ist Prävention sinnvoller als Repression. Wenn das (sprichwörtliche) Kind erst in den Brunnen gefallen ist, können Polizei und Justiz nicht mehr viel tun. Somit sind die inzwischen reflexhaften Rufe nach „mehr und härteren Strafen“ nicht mehr als symbolische Politik. Verantwortliches politisches Handeln sieht anders aus, zumal hinlänglich bekannt ist, dass Maßnahmen nur dann erfolgreich sind, wenn sie das soziale Umfeld des Betroffenen einbeziehen.

Eine besondere Rolle bei der Diskussion über Jugendkriminalität spielt die Konfliktfähigkeit der Bevölkerung und die insgesamt vorhandene Stabilität gesellschaftlicher

Verhältnisse: Je stabiler die Verhältnisse sind, desto konfliktfähiger ist die Gesellschaft und desto mehr Potential zur Selbstbewältigung von Problemen bringt sie auf. Je weniger konfliktfähig eine Gesellschaft ist, umso eher lässt sie sich provozieren und bietet gerade jugendlichen Tätern die Möglichkeit, über Devianz die Anerkennung zu finden, die ihnen anderweitig (z.B. in der Schule oder im Beruf) versagt wird. Soweit sich eine Zunahme der Jugendgewalt feststellen lässt, basiert diese wesentlich darauf, dass unsere Gesellschaft immer mehr zu einer „Winner-Loser-Kultur“ wird. Das Risiko der Entstehung von Jugendgewalt erhöht sich, wenn die Erfahrung innerfamiliärer Gewalt, gravierende soziale Benachteiligung der Familie und schlechte Zukunftschancen des Jugendlichen aufgrund eines niedrigen Bildungsniveaus zusammentreffen. In Zeiten beständig steigender Armut von Kindern und Jugendlichen haben wir daher schon strukturell eine schlechte Ausgangslage. Das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen hat sich in den letzten Jahren massiv erhöht. Städte, in denen bis zu 40% der Kinder mit Sozialhilfe aufwachsen müssen, sind keine Ausnahme. Dies hat in einem System, das Armut als individuelles Versagen interpretiert, verheerende Konsequenzen: Die Kinder geraten zwischen alle Fronten. Die Ohnmachtserfahrungen, die diese Kinder machen, gefährden die Bildung einer eigenen, gefestigten Identität und erleichtern die Annahme abweichender Identitätsangebote. Hinzu kommt der zunehmende Leistungsdruck, der sich bereits in der Schule negativ bemerkbar macht (s. dazu den **Beitrag von Lempp** in diesem Heft) und der als Ursache gesehen wird für die immer geringer werdende Fähigkeit, Empathie zu empfinden, also mit anderen mitfühlen zu können.

Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung verweist auf die Einschätzung der gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen anhand des Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS). Der Bericht schreibt dazu:

„Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem Sozialstatus weisen demnach zu 32% einen sehr guten allgemeinen Gesundheitszustand auf im Vergleich zu ... 48% derer aus Familien mit ... hohem Sozialstatus. Von Übergewicht sind Kinder und Jugendliche aus der niedrigen im Vergleich zur höchsten Statusgruppe 2,3-mal häufiger betroffen. Psychische Auffälligkeiten sowie Verhaltensauffälligkeiten sind bei ihnen sogar 3,8-mal häufiger festzustellen. Der vergleichsweise schlechtere Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen, die in sozial benachteiligten Verhältnissen aufwachsen, kommt außerdem in einer geringeren körperlich-sportlichen Aktivität, stärkeren Defiziten der motorischen Entwicklung, einer ungesünderen Ernährung, einem häufigeren Auftreten von Essstörungen, einem stärkeren Tabakkonsum, einer höheren Passivrauchexposition sowie einer geringeren Teilnahme am Krankheitsfrüherkennungsprogramm für Kinder zum Ausdruck.“

Man kann und muss zwischen diesen Ergebnissen und der Tatsache, dass sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche auch stärker von Kriminalität betroffen sind (sowohl als Täter, als auch als Opfer) eine Beziehung herstellen: Soziale Benachteiligung hat viele Ursachen und viele, für den Einzelnen und die Gesellschaft negative Wirkungen.

Professor Dr. jur. Thomas Feltes M.A. geb. 1951 ist Mitglied der IPA und hat Rechts- und Erziehungswissenschaften in Bielefeld studiert. Danach war er Mitarbeiter an den juristischen Fakultäten der Universitäten in Bielefeld, Hamburg und Heidelberg. Habilitation an der Universität Tübingen für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug, Forschungsaufenthalt an der Universität Montréal (Kanada), Gastprofessor an der Universität Budapest (Ungarn), der Iliria-Universität in Pristina (Kosovo) und der Cape-Town-University in Kapstadt (Südafrika). Rektor der baden-württembergischen Hochschule für Polizei von 1992 – 2002, seit 2002 Inhaber des Lehrstuhls für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft an der juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum. Wissenschaftlicher Berater für Europarat, EU, UN und OSZE. Forensischer Gutachter in Strafprozessen. Über 180 Veröffentlichungen zu kriminologischen und polizeiwissenschaftlichen Themen. Herausgeber des seit 1999 monatlich in vier Sprachen erscheinenden „Polizei-Newsletter“ (www.polizei-newsletter.de) und des Kriminologie-Lexikons Online (www.krimlex.de). Leitung der weiterbildenden Masterstudiengänge „Kriminologie und Polizeiwissenschaft“ (seit 2005, www.makrim.de) sowie „Criminology, Governance and Police Science“ (seit 2011, www.macrimgov.eu).

Abb. 1: Entwicklung tatverdächtiger Jugendlicher (Absolutzahlen), 1993-2010. Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2010, S. 88

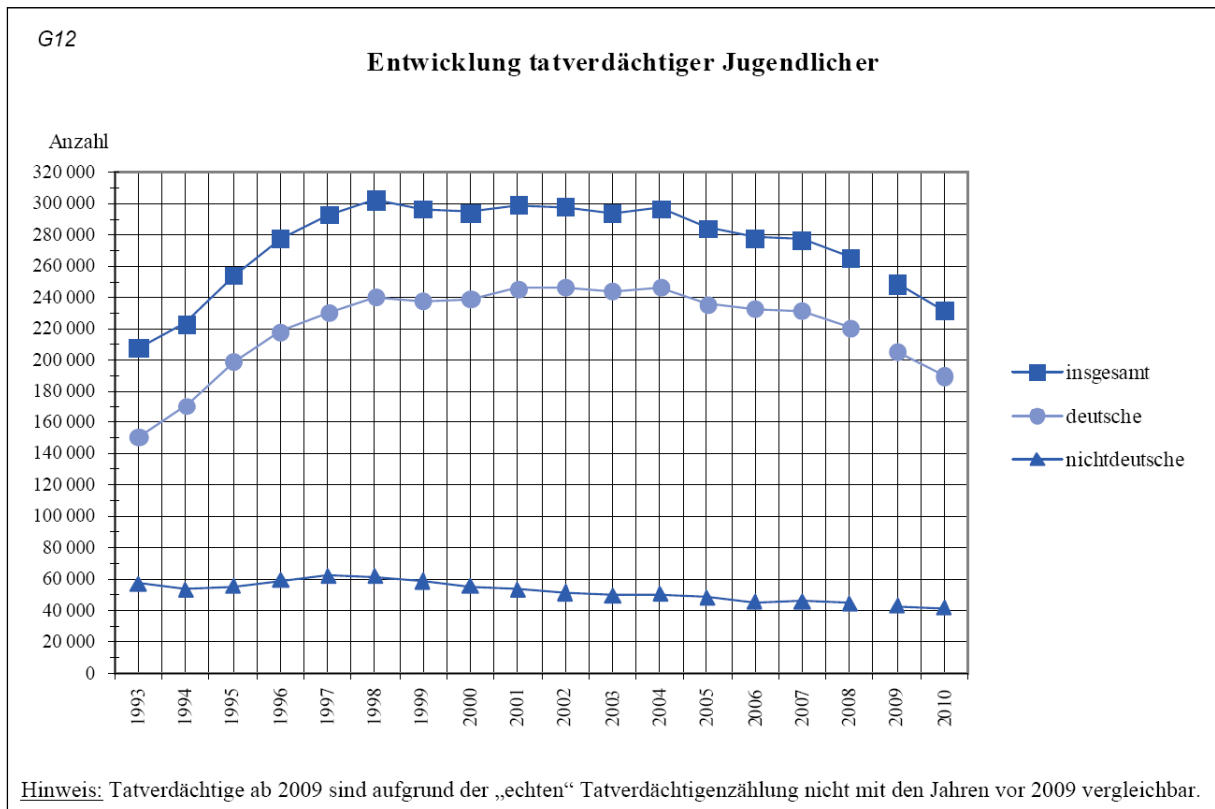


Abb. 2: Tatverdächtigenbelastung nach Alters- und Geschlechtsgruppen. Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2010, S. 110

